

Erscheint
wöchentlich
einmal.

Der Landmann

Abonnement ohne Postzulassung.

Monatlich 15 R. — R.

Werteljährlich 40 "

Bestelladresse: Редакция Дер Ландманн

Омск, Красный Путь № 2.

Gebietszeitung der deutschen Bauern Sibiriens.
Herausgeber Deutsche Sektion beim Omsker Gubkomm. K.P.R.(B.)
Немецкий областной орган Сибири.

Redaktion und
Kanzlei, Omsk,
Krajujj Put Nr. 2.

Annoncen und Inserate werden angenommen zum Preise von 10 R. in Gold für die Betriebe bei einmaligem Erscheinen. Bei ganzjährigen Inseraten entsprechender Nachlaß.

1 Jahrgang.

Omsk, 17. Juli 1923.

Nr. 23.

Zur Reparations-Frage.

In der Reparations-Frage ist eine Krise eingetreten. England verlangt von Frankreich und Belgien die schnellste Erledigung derselben.

Die Möglichkeit eines Bruches zwischen England und Frankreich ist nicht ausgeschlossen.

Die Reparationsfrage (Frage wegen der englischen Presse, der letzten Tage Bezahlung der Kriegskontribution lässt erkennen, daß zwischen England Deutschlands an die Entente bekommt und Frankreich wichtige Verhandlungen einen immer schärferen Charakter.

Die Regierung Kunos erklärte in ihrer Note vom 2-ten Mai, daß sie den passiven Widerstand nicht früher aufheben kann, bevor die Okkupation des Ruhrgebietes nicht aufgehoben wird. Ferner erklärte sich Deutschland bereit 30 Milliarden Goldmark an die Verbündeten zu bezahlen, wenn es eine internationale Anleihe erhält. Auf diese Note gab es keine gemeinschaftliche Antwort der Verbündeten, sondern Frankreich und Belgien antworteten einzeln und erklärten, daß sie diesen Vorschlag auf keinen Fall annehmen können. England war mit der vorliegenden Antwort Frankreichs unzufrieden, riet aber trotzdem der deutschen Regierung, ihre Vorschläge etwas zu ändern.

Am 7. Juni erschien die zweite deutsche Note, in der schon keine genaue Ziffer mehr festgesetzt wurde, jedoch wurde darin der Vorschlag gemacht, die Frage über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands einer internationalen unparteiischen Kommission zu übertragen. Ferner wurde in der Note versprochen, gewisse Garantien für die pünktliche Einhaltung der Zahlungen zu geben. Auch wurde der Vorschlag gemacht eine internationale Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage einzuberufen.

Poincaré blieb in seiner unversöhnlichen Haltung und erklärte, die deutschen Vorschläge für unannehmbar. England nahm eine Doppelstellung ein die einerseits in Frankreich Unzufriedenheit hervorrief, anderseits in Deutschland gewisse Hoffnungen erwachten ließ. Auf jedem Falle bestehen unter den Verbündeten in dieser Frage ziemlich große Meinungsverschiedenheiten. Der Ton

Die englische Zeitung "Times" schreibt: Verhältnis ist ein sehr gefährlicher Moment eingetreten. Die gesamte englische Presse verlangt eine schnelle Regelung dieser Frage. England ist nähmlich an der Wiederherstellung des Handels mit dem europäischen Festland stark interessiert und will deshalb unbedingt diese Frage so schnell als möglich lösen. Es versucht auf irgend welche Weise mit Deutschland ein Einverständnis zu erziehen.

Vor zwei Wochen richtete die englische Regierung, an die französische eine Note, in welcher sie die schnelle Erledigung der Reparationsfrage fordert. Bis heute gab Frankreich noch keine Antwort. Englische Zeitungen bemerken, daß wenn die Antwort ausbleibt, oder aber ungenügend ausfällt, es nicht ausgeschlossen ist, daß England "separat" vorgeht.

Der Korrespondent des „Daily Herald“ will wissen, daß die französische Antwortnote die Forderung enthalten wird, daß den Franzosen und Belgern das Recht der Verwaltung der okkupierten Gebiete zu erkannt werden muß, wofür die Verbündeten die Okkupation unsichtbar machen wollen d. h. ihre Truppen aus den Industrie Zentren zurückziehen werden.

Immerhin ist aus allem zu ersehen, daß die Lage wieder äußerst kritisch ist. Ja sogar ein direkter Bruch zwischen England und Frankreich ist nicht ausgeschlossen.

Telegramm Nachrichten.

Zur Reparations-Frage.

In dieser Frage ist scheinbar eine Wendung eingetreten.

England wird selbstständig handeln.

Die englische Regierung hat beschlossen, infolge der resultlosen, diplomatischen Verhandlungen, seine eigene Meinung in dieser Frage darzulegen.

Italien wird in dieser Frage auf der Seite Englands stehen.

Die Krise in Deutschland verschärft sich von Tag zu Tag.

Aus dem Ruhrgebiet.

Alle Eisenbahnstationen zwischen Frankfurt und Darmstadt wurden von den Franzosen besetzt. Dadurch können die in den Vorstädten wohnenden Arbeiter nicht in ihre Fabrik gelangen. Die Mark fällt weiter. Nach offiziellen Kurs kostet ein amerikanischer Dollar bereits 187.000 Mark.

Die russisch-japanischen Beziehungen.

Die japanische Presse ist ganz außer sich, über die feste Stellung die unser Vertreter Toffe bei den russisch-japanischen Verhandlungen eingenommen hat.

Da die Zeitungen sich überzeugten, daß die Sowjetregierung nicht gewillt ist, auf all die gestellten Forderungen ohne weiters einzugehen, fallen sie über unseren Vertreter her und beschuldigen ihn, daß er alte diplomatische Methoden anwende. Und zwar nur deshalb, weil er nicht einwilligte, den letzten japanischen Einfall anzuerkennen und sich nur dann bereit erklärte, über die angeblich durch die reguläre Rote Armee den Japanern bei Nikolajewsk beigebrachten Schaden zu verhandeln, wenn Japan bereit ist, den uns durch die Intervention zugefügten Schaden zu ersezten.

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß Japan in den letzten Tagen eine vollständig veränderte Stellung eingenommen hat.

Was ist Faschismus?

In der letzten Zeit wird immer häufiger vom Faschismus gesprochen.

Immer häufiger hört man, daß derselbe in allen westeuropäischen Ländern mehr und mehr überhand nimmt.

Mancher unserer Leser wird sich fragen, was ist eigentlich Faschismus, wie entstand derselbe und was für politische Ziele verfolgt er? Auf diese Fragen wollen wir versuchen, in kurzen Worten eine Antwort zu geben.

Was ist Faschismus? Faschismus ist eine politische Bewegung, oder besser gesagt, Organisation, die sich seit Beendigung des Weltkrieges und mit den ersten Bewegungen der proletarischen Revolution im Westen entwickelt, und sich in der letzten Zeit, immer mehr und mehr ausbreitet.

Es wäre jedoch ein großer Fehler, wenn wir den Faschismus mit den weißgardistischen Organisationen verwechseln würden.

Die Letzteren sehen sich ausschließlich aus der reaktionären Offizierskaste und der Bourgeoisie zusammen, die durch die Revolution um ihre Privilegien kamen.

Der faschistischen Bewegung schloß sich jedoch, die ganze verkrachte Kleinbourgeoisie, welche durch die Revolution den letzten Rest ihres Vermögens verloren, dann die durch die Beendigung des Krieges über Bord geslogene Offizierskaste, die brotlos gewordene Intelligenz, zu Grunde gerichtete Bauern, sowie ein nicht geringer Teil des arbeitslosen Proletariats an.

Am Anfang der Bewegung gaben die faschistischen Führer die Lösung aus, gegen alle Ungerechtigkeiten, die sowohl die Folgen des Krieges, als auch der Revolution waren, anzukämpfen. Da durch diese Lösungen, die verschiedensten Elemente, mit direkt sich widersprechenden, sowohl volksischen, als auch wirtschaftlichen Interessen, sich in ein und derselben Organisation zusammenschlossen, konnte es gut nicht ausbleiben, daß im innern der Organisation bald die heftigsten Widersprüche entstanden. In

der Heimat des Faschismus, in Italien, hält sich derselbe bereits nur künstlich, mit Hilfe der militärischen Gewalt.

Was will nun eigentlich der Faschismus? Wie wir schon oben gesagt, wollte er am Anfang sich revolutionär hervortun, d. h. er wollte, oder gab sich wenigstens den Anschein, als ob er es wollte, alle Ungerechtigkeiten, sowohl die gegen die Arbeiter als auch die gegen die Bourgeoisie gerichteten, aus der Welt schaffen.

Das ist aber in Wirklichkeit so wenig möglich, als wenn jemand wollte Feuer und Wasser in einem Kessel zusammen mischen. Das, was für die Bourgeoisie gerecht erscheint, kann niemals für den Arbeiter gerecht sein. Und umgekehrt. Die gerechten Forderungen der Arbeiter, will und kann die Bourgeoisie, solange sie zu leben beabsichtigt, nicht als gerecht anerkennen. Wir sagten schon, daß daraus Widersprüche entstanden, die Bourgeoisie gewann die Oberhand (z. B. in Italien) und nun zeigte der Faschismus erst sein richtiges Gesicht. Es wurde eine faschistisch-militärische Diktatur errichtet die nun ganz offen, unverhohlt, nur die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Die Rechte der Arbeiter wurden in den Kot getreten, diejenigen des Proletariats, welche noch in den Reihen der Organisation geblieben, bekamen einen Judaslohn, damit sie auf der Seite des Kapitalismus, gegen ihre eigenen Klasseninteressen kämpfen.

Der Faschismus macht sich in der letzten Zeit zur Haupt-Aufgabe, jede revolutionäre Bewegung des Proletariats mit grausamer Gewalt niederzuringen. Aber nicht nur jede revolutionäre Bewegung, sondern jede sozialistisch-kommunistische Agitation oder Propaganda ist ein Dorn im Auge desselben und er versucht es, mit Hilfe seiner bewaffneten Söldlinge, sogar jede Agitation und Propaganda unmöglich zu machen. Wo es ihnen gelingt, die Regierungsgewalt in die Hände zu bekommen (z. B. Italien) herrscht ein unbeschreiblicher Terror.

Das diese Bewegung für das ganze Proletariat eine große Gefahr bedeutet, wurde auf dem letzten Plenum des Vollzugsausschusses der Komintern genau festgelegt.

Es wurden auch gleichzeitig die nötigen Maßnahmen getroffen, um in einer einheitlichen geschlossenen Front vorzugehen.

Der Faschismus ist eine große Gefahr! Je schneller wir ihn besiegen desto eher siegt die Weltrevolution!

Klaus.

Unsere Staatskasse.

Unsere staatliche Wirtschaft befindet sich immer noch, in einer außerordentlich kritischen Lage. Jedoch im Vergleich zum vorigen Jahre, hat sie sich schon bedeutend gebessert. Das Defizit (Fehlbeitrag) im unserem staatlichen Budget, wird durch die Groß-Industrie und den Transport, die bis heute noch keinen Ertrag abwerfen, sondern noch immer bedeutende Zuschüsse brauchen, verursacht. Aber geholfen muß ihnen auf jeden Fall werden.

Die Groß-Industrie beginnt allmählich aufzuleben. Bis zum neuen Jahr werden die Eisenbahnen ohne Verlust arbeiten; d. h. sie brauchen keine staatlichen Zuschüsse mehr. Die Herausgabe von neuem Papiergeld wird immer mehr eingeschränkt. In ungefähr 1½ Jahren werden wir einen festen Rubel haben.

Eine der Hauptfragen, welche von der 2-ten Session des Allruss. Zentr. Vollzugskomitees behandelt wurde, ist die Frage des Geldwesens. Unsere Staatskasse wurde infolge des zerstörenden Krieges, sowie der Blokade sehr in Mitleidenschaft gezogen. Jetzt beginnt sich unser Geldsystem langsam wieder zu erholen. Obwohl es noch immer in einer außergewöhnlich schweren Lage ist.

Im vergangenen Budgetjahr (1921–22) belief sich unser Budget ungefähr auf 1 Milliarde Goldrubel. Im Jahre 1922–23 beläuft sich unser Budget auf nicht weniger als auf 1 Milliarde 400 Millionen Goldrubel. Also zum vergangenen Jahr um ungefähr 400 Millionen Goldrubel mehr. Diese Ziffer ist aber immer noch sehr klein; ungefähr 2½ mal weniger als das Budget vor dem Kriege. Immerhin ist ein anwachsen der staatlichen

Die schweren Steuern und die Herstellung der Landwirtschaft.

Bon Seite der Bauern wird immersort mit verzweifelter Hartnäckigkeit die bittere Klage wiederholt: Die Landwirtschaft wird durch die vielen Steuern zu Grunde gerichtet, die Steuerlast bricht den Bauer das Genick u. s. w.

Die vielen Steuern wurden jetzt abgeschafft, es bleibt nur die einheitliche landwirtschaftliche Steuer, welche zu mehreren Terminen zu bezahlen ist,—doch die Klage hört noch immer nicht auf. Wir geben zu, daß die Lage der Bauernschaft eine sehr schwere ist,—daß aber die vielen Steuern die Zerrütung unserer Landwirtschaft herbeigeführt haben, ist nicht stichhaltig, ist einfach falsch. Die richtige Auffassung der Sachlage ist folgende: Die geschwächte halbzerstörte Landwirtschaft, erträgt schwer die Steuer, möge diese noch so gering sein. Anderseits aber, da die Landwirtschaft vorläufig noch die einzige Ertrags- und Ernährungsquelle des ganzen Landes ist, (die anderen Wirtschaftszweige des Landes sind noch schlimmer daran, sie sind fast gänzlich abgestorben) kann von der gänzlichen Abschaffung, oder auch nur von einer beträchtlichen Verringerung der Steuer, jetzt noch keine Rede sein.

Wie schon gesagt, niemand will behaupten, daß das Steuerzahlen für die Bauern eine leichte Sache ist, aber bei der Beurteilung der Schwierigkeiten, wenn man gewissenhaft sein will, muß man die-

nigen Verhältnisse und Gründe in Betracht ziehen, welche die Regierung nötigen, Steuern der Bevölkerung aufzulegen. Kann sich vielleicht der Staat von den Steuern absagen? Natürlich nicht! Dies würde zur endgültigen Zerstörung, zur völligen Vernichtung des Landes führen. Durch die Abschaffung der Steuern, würde der Staat ohne Mittel bleiben, die zur Erhaltung der verschiedenen Untern, zur Erhaltung der Armee u. s. w. unbedingt notwendig sind.

Aber ein Staat ohne Mittel und ohne Schutz ist ein Staat ohne Macht, welcher dann der Gefahr ausgesetzt wäre, daß ihn die räuberischen Nachbarn (in diesem Falle bei uns die kapitalistischen Staaten) bei der ersten Gelegenheit erwürgen würden.

In früheren Zeiten zahlten die Bauern verschiedene (direkte und indirekte) Steuern, und zahlten viel mehr als jetzt (Der Unterschied wie schon gesagt bestand darin, daß damals unsere Landwirtschaft gesünder und folglich ertragfähiger war.) Weiter soll man nicht außer Acht lassen, daß damals vor der Revolution, die eingehobenen Steuern zur Unterhaltung des Staates der Unterdrücker dienten, während jetzt die Steuern die nötigen Mittel zur Erhaltung und Kräftigung der Arbeiter und Bauernregierung liefern. Es ist auch nicht wahr, daß die Sowjetregierung alles nehmen will, was zu finden ist; im Gegenteil aus der Steuerpolitik der letzten Jahre ersieht man, daß, in der Weise wie das Land sich allmählich erholt, auch die Steuerlasten allmählich verringert werden. Wir hatten zuerst die Rastwirtschaft, nach ihr die Natural-

steuer, mit verschiedenen Formen der Ergänzungsteuern (Frachsteuer, Hoffsteuer u. s. w.) und jetzt wieder die einheitliche landwirtschaftliche Steuer, eingeführt, welche ohne Zweifel eine Verringerung der Abgaben einerseits und eine Erleichterung der Ablieferung derselben anderseits bedeutet. Die Sowjetmacht strebt also wirklich zu einer völligen Abschaffung aller Steuern, daß kann aber nur allmählich geschehen, durch allmäßliche Erleichterungen. Wie schnell wir zum Ziele kommen, das wird uns die Zukunft sagen. Allerdings bis dahin haben wir noch eine weite Strecke vor uns.

Nach alldem was gesagt wurde, scheint als die einzige wichtige Frage folgende zu bleiben: Wie kann man es machen, daß die Steuern dem Bauer nicht allzuschwer fallen, daß die Bauernwirtschaften der Steuerlast nicht erliegen, in ihrer Wiederherstellung nicht gehemmt werden?

Um die richtige Antwort und den richtigen Ausweg zu finden, muß der Bauer darüber klar werden, warum jetzt das Steuerzahlen so ungeheuer schwer ist. Oben haben wir diese Frage schon halbwegs beantwortet, jetzt sagen wir noch einmal:—Das Steuerzahlen fällt dem Bauer jetzt deshalb schwer, weil eine ganze Menge Ursachen, wie Krieg, Bürgerkrieg, deren Folgen der Hunger u. a. die Bauernwirtschaften erschöpft und teilweise zerstört haben. Wie kann man nun die zerstörte Wirtschaft am schnellsten wieder herstellen? Dieser Frage muß man die größte Aufmerksamkeit schenken. Wenn unsere Dörfer noch weiter beim Alten bleiben; wenn unsere Bauern weiter werden fortfahren ihr Land so zubearbeiten, ihr Vieh so zu züchten, mit einem

Einnahmen und Ausgaben zu bemerken. Allmählich wird es uns möglich, alle Volkstomissariate, mit den unbedingt notwendigen Mitteln zu versehen.

In diesem Bestreben wurden wir wieder hauptsächlich dadurch gehindert, daß unsere Großindustrie und der Transport bis jetzt noch immer mit Schaden gearbeitet hat. Denn diese beiden Wirtschaftszweige waren durch den Krieg und die Revolution dermaßen zugrunde gerichtet, daß es nicht möglich war, dieselben im Laufe von einigen Jahren wieder so aufzurichten, daß sie sich selbst erhalten könnten. Aber aufrichtigen müssen wir die beiden Zweige unserer Wirtschaft unter allen Umständen — denn ohne ihnen ist ein Wiederaufrichten der Landwirtschaft einfach undenkbar.

Dieses Jahr hat die Regierung zur Unterstützung der Großindustrie und des Verkehrswesens 280 Millionen Goldrubel geben müssen. Dies war ja ein großes Opfer, aber dafür verbrauchen wir nicht unsere industriellen Vorräte, wie in den vorhergehenden Jahren, wo wir einfach unsere alten Vorräte aufgebraucht haben. Die staatliche Unterstützung gab der Groß-Industrie die Möglichkeit, die Maschinen wieder herzustellen und Vorräte an Rohmaterialien anzuschaffen. Dank dessen, fing die Industrie an, wieder etwas aufzuleben und in einem Jahre wird die finanzielle Unterstützung noch viel greifbarere Resultate geben.

Was das Verkehrswesen anbetrifft, so geht hier die Wiedergewinnung in einem viel schnelleren Tempo vor sich. Nach der Meinung des Volkstomissars für Verkehrswesen — Gen. Oberschinski wird unser Transport von Neu-Jahr ab, bereits ohne staatliche Buschüsse bestehen können.

Zum Zwecke der schnelleren Verbesserung unserer Finanzen, hat der Rat der Volkstomissare beschlossen die Ausgabe von neuem Papiergegeld noch mehr einzuschränken. Infolgedessen wird die Einträglichkeit der Emission erhöht. Im Jahre 1921 hatten wir in einem Monat viel mehr Papiergegeld gedruckt als im Jahre 1922, hatten jedoch von der Emission nur ein monatliches Einkommen von ungefähr 8 Millionen Goldrubel, wogegen wir im Jahre 1922 von der Emission ein Einkommen von ungefähr 25

Millionen Goldrubel hatten. Augenblicklich beschloß der Rat der Volkstomissare die Emission auf 30 Millionen Goldrubel im Monat einzuschränken. Jedoch das Volkstomissariat für Finanzwesen schlägt der Session des All. Renn. Volkszostkommis's (Bif) vor die Emission noch mehr einzuschränken und zwar auf 15 Millionen Goldrubel monatlich.

Diese entschiedene Maßnahme wird ja, wenn sie zur Durchführung gelangt, eine zeitlang gewisse Schwierigkeiten für einzelne Unternehmungen oder Anstalten hervorrufen, dafür aber wird sie dazu beitragen, schneller die Krise unseres Geldsystems zu beenden. Genosse Sokolnikoff erklärte in seinem Vortrag, daß wenn wir keinen Krieg und keine Hungersnot haben werden, so wird in einem oder spätestens anderthalb Jahren unser Rubel vollständig gefestigt sein.

So stehen die Verhältnisse unserer Sowjets-Staatslasse.

F. K.

Aus den Kolonien.

Slawgoroder Kreis. Dorf Tschernovka Der erste Besuch.

Am 19. Juni b. J. kam noch Tschernovka ein Wagen mit zwei Mann gefahren, der eine war mir gleich bekannt, es war unser Predwolkreskom, der andere war mir unbekannt, nach befragen seines Dokumentes stellte sich heraus, daß es der Sekretär der Slawgoroder Sektion Gen. Gruber war.

„Der erste Besuch“ seit dem die Arbeiter und Bauernregierung besteht, den die deutsche Sektion uns schenkte. Am Abend wurde eine Versammlung einberufen, welche sehr gut besucht war, nur fehlten die Frauen und Jugend. Auf der Tagesordnung als 1. Punkt stand die allgemeine Lage, wobei der Redner die Angriffe der internationalen Bourgeoisie auf unsere in Frieden lebende Arbeiter und Bauernregierung darlegte. Nach einer kleinen Debatte

unsere, eine viel höhere 4—5 fache Ernte sammelt. Unlangst haben wir gezeigt, daß man auch in Sibirien auf ganz einfache Weise, durch Anwendung der Schwarzbrache, den Erntertrag verdoppeln kann.

Was meint ihr, Genossen Bauern, wenn ihr von einer Dössatin anstatt 30—40蒲d wie jetzt, 100—150蒲d Getreide bekämpft, wenn eure Kühe im Jahre anstatt 50蒲d wie jetzt, 150蒲d Milch geben würden, wäre dann die jetzige Steuer auch noch zu schwer? — Natürlich nicht!

Unser ganzes Unglück besteht größtenteils darin, daß wir noch immer am alten hängen, daß unsere Wirtschaftsweise veraltet und untauglich ist.

Das Leben, die heutige schwere Lage, fordert gebieterisch neue Mittel und neue Formen in der Wirtschaftsführung. Die Wissenschaft hat diese neuen Mittel schon längst erfunden, diese neuen Formen längst entdeckt und leicht zugänglich gemacht. Mehr als anderswo, wird bei uns in Russland dafür gesorgt, daß nützliche Kenntnisse unter dem arbeitenden Volke ihre Verbreitung finden. Dieser Umstand kann in erster Linie dem Bauern zum Nutzen gereichen.

Die Sowjetmacht tut ihr Möglichstes um die Steuerlast zu erleichtern. Die Bauern müssen ihrerseits danach trachten, durch bessere, zeitgemäße Wirtschaftsführung, den Ertrag zu erhöhen, zu verdoppeln, zu verdreifachen. Dann werden die Steuern um das zehnfache leichter sein.

H. Bitter.

Worte ihre Wirtschaft so zu führen, wie sie es von ihren Großvätern gelernt haben, — dann freilich, werden wir lange warten müssen, und werden doch die Wiederherstellung der Landwirtschaft in unserem Lande kaum erleben. Und trotz der allmählichen Ermächtigungen, werden uns die Steuern weiter sehr stark drücken.

Einen schwer kranken Menschen, kann man nicht allein dadurch heilen, daß man zu ihm sagt: „lege dich nieder und arbeite nichts;“ ebenso wird das kranke Vieh, ein Pferd z. B. nicht allein dadurch gesund, daß man es ausspannt und von der Arbeit befreit. Kranke Menschen und krankes Vieh, beide haben einen besonderen Umgang, eine sorgfältige Pflege nötig. — So ist es auch mit der Wirtschaft. Erschöpfte, halbzerstörte, mit einem Wort schwerkrank Wirtschaften, können allein durch Steuernachlaß nicht hergestellt werden. Nein, unsere kranke Wirtschaft benötigt noch besondere tüchtige, kräftige Heilmittel, besonders aber Sorge und Pflege.

Worin sollen diese nun bestehen? In der Anwendung besserer Arbeitsweisen, in der Ausnutzung aller Errungenschaften der Wissenschaft, insoweit diese unserer Bauernschaft zugänglich und unseren sibirischen Verhältnissen anzupassen sind.

Dies war unser Standpunkt von Anfang an, und wir waren seit Anfang bemüht, nützliche Kenntnisse unter unseren Bauern zu verbreiten, und wollen es auch in Zukunft machen.

Wir haben öfters davon gesprochen, daß der gebildete und fortschrittliche Bauer im Westeuropa, auf einem, um vieles schlechteren Boden als der

wurde folgende Resolution angenommen: Wir Bürger von Tschernovka protestieren energisch gegen alle Angriffe der internationalen Bourgeoisie auf unsere Regierung, auch sind wir bereit bei einem Überfall, Mann für Mann unsere Arbeiter und Bauernregierung zu verteidigen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung über „die einheitliche landw. Steuer“ wurde nach langen Debatten folgender Beschuß gefaßt: „Wir versammelten Bauern begrüßen das neue Steuergesetz, welches uns verspricht unsere Wirtschaft zum allgemeinen Wohle der Ratsregierung wieder aufzubauen. Unter verschiedenen wurde von der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, daß die deutsche Sektion des österen ihre Vertreter nach Tschernovka schicken möchte, damit eine enger Verbindung, welche sowohl uns Bauern zu Nutzen sein wird, ebenso zum Nutzen der Sektion, hergestellt wird.“

H....l.

Zu den Sowjetwahlen.

Aus dem Dorfe Schilling Nowiner Wolost schreibt man uns:

Bei uns fanden am 1-ten Juli d. J. die Wahlen in den Dorfrat statt.

Es fand eine sehr gut besuchte Versammlung statt; auf der Tagesordnung standen folgende Fragen.

1. Die politische Lage.
2. Über die Kooperative und ihre Bedeutung.
3. Die Luftslotte.
4. Neuwahl.

Zum 2-ten Punkt der Tagesordnung wurde folgender Beschuß gefaßt.

Das Kreisvolzugsomitee wurde beauftragt sofort alle nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Kooperative zu errichten.

Zum 3-ten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, daß Wolosom zu beauftragen eine Sammlung freiwilliger Spenden für die rote Luftslotte einzuleiten. Der Vortrag des Referenten wurde mit großem Interesse angehört und noch lange nach der Versammlung konnte man verschiedene Gruppen sehen, die über diesen Punkt diskutierten.

Die von der deutschen Sektion vorgeschlagene Kandidatenliste wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Zum Vorsitzenden des Dorfrates wurde ein Kommunist gewählt.

Dorfcorrespondent.

Kirchen-Revolution in Podsojnowa.

Podsojnowa ist eines der größten deutschen Dörfer Wessibiriens.

In diesem Dorfe befinden sich zwei wohlbekannte geistliche Männer, Hagelgang Adam und Heimburg Heinrich, welche sich in der letzten Zeit sehr anstrengten ein evangelisches-lutherisches Konfistorium in Podsojnowa zu bilden, welches alle Gläubigen Sibiriens, der lutherischen Konfession, zusammenschließen sollte.

Ihr Pläne wurden aber durchschaut und es wurde nichts daraus. Da beschlossen diese heiligen Herren mit ihren Anhängern, der Kirche ein Ultimatum zu stellen. Das selbe blieb aber unbeachtet, es ging ihnen so, als wie dem bösen englischen Lord. Alle Anstrengungen halfen nichts, die „Nichtbrüder“ blieben im Sieg.

Am 21. Juni d. J. erließ das Slawgoroder U. F. A. den Befehl № 50, laut welchem alle gläubigen Gemeinden und Bethäuser registriert werden müssen. Und nun wollen diese heiligen Männer den „Nichtbrüder“ ein zweites Ultima

tum stellen. Sie sagten sich von dem Podsoznower Bethaus los und werden ein zweites Bethaus bauen.

Die „Nichtbetrüder“ spässen nicht lange, wie sie einfach dem Herrn Hagelgans u. Kompanie die Tür, gerade so, als wie es das Proletariat mit dem englischen Vord gemacht hier muß noch bemerkt werden, daß im Verbande Hagelgans und Kompanie nur die reichen Wirtes des Dorfes stehen, und daß es für sie ein leichtes wäre ein neues Bethaus zu bauen. Denn sie haben Vermögen genug den Gott der sie an der Nase herum führt oder den sie an der Nase herum führen, ein Denkmal zu bauen.

Ich bin aber nur neugierig wer der Architekt sein wird.

Die Sowjetarchitektur wird sich ja mit Bethäusern nicht abgeben. Ohne Plan darf aber nicht gebaut werden.—Also es wird auch wohl das zweite Ultimatum in's Wasser fallen.

Bürger von Podsoznowo schaut euch einmal diese Gesellschaft etwas näher an. Den Hagelgans und Heimburg kennt ihr ja alle sehr gut. Sie waren es immer die in allen Sachen was die Schule anbetrifft, gehindert hatten.

Warum weil es kein „Vaterunser“ mehr dort gibt. Obwohl Euer Lehrer alles daran setzte, die Kinder etwas ordentliches zu lehren,—ging es nicht.

Sie waren die Schuld daran. Nun seit ihr sie endlich los.

Auf nun und sorgt für Eure Schule. Sorgt für das Wohl Eurer Kinder.

G. Wagner.

Um nicht die Leute, aber die Bordenken (Avantgarde) zu sein und unseren Kindern eine richtige Volksbildung zukommen zu lassen, weshalb wir Euch rufen:

„Schulräte an die Arbeit!“

„Auf zum Wettkampf für die Volksbildung!“

„Es lebe die Volksaufklärung!“

Eduard.

Einige Wünsche für denstellenlosen Lehrer.

Bald kommen die Lehrer von den Gouvernementsbüros.

Wiederere von ihnen sind noch ohne Stelle. Vor manchen von ihnen wird schon die bange Frage auftauchen: „Wie mach ich's mir, daß ich zum kommenden Winter eine Stelle bekomme, vielleicht sogar eine gute Stelle?“

Man sollte meinen, die Frage sei nicht so schwer zu lösen. Der UORD wird doch für seine Arbeiter sorgen? Die Dorfgemeinden werden doch alles draussehen, um für ihre Schulen Lehrer anzuwerben, die schon eine mehr oder weniger lange Praktik hinter sich haben u. welche zudem noch vom UORD als brauchbare Lehrer befürwortet werden? Ja, da happerts eben.

Der UORD kann eben blutwenig anfangen, da er selbst nur immer für seine Existenz zu kämpfen hat u. mit der Aufnahme eines Lehrers im Dorfe, speziell in einem Mennonitendorfe, hat es so eine kuriose Bewandtnis. Die Möglichkeit der Anstellung eines Lehrers im Dorfe, ist von verschiedenen Bedingungen abhängig, die eine Gemeinde an den anzustellenden Lehrer meint stellen zu dürfen u. zu müssen.

Die erste Forderung ist: er muß religiös sein, d. h. er muß an den Gott glauben, der in der betreffenden Gesellschaft eingebürgert ist. Wehe dem Lehrer, der sich erdreister, in Fragen der Religion seine eigenen Gedanken zu haben. Die Stelle geht ihm in den meisten Fällen verloren, u. wenn er als „Lehrer“ auch noch so verdienstvoll wäre. Wenn sich diese seine „besondere Meinung“ schon vor der Anstellung herausweisen sollte, so wird er eben nicht angestellt.

Die zweite Forderung ist, eine möglichst kleine Gage zu beanspruchen. Bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage ist das übrigens kein Wunder, aber oft wird das Wenige, was versprochen wird, dem Lehrer nicht ausgezahlt.

Die dritte Forderung, die der Lehrer zu beachten hat, ist, daß er den Unterricht so führen muß, wie es die Lehrer zu der Eltern Zeiten getan haben. Zu diesem Zwecke muß er so viel wie möglich die Kurse, die von der Regierung veranstaltet werden,

meiden. (Die Lehrer, die jetzt in Omsk auf den Kursen sind, haben sehr viel von ihrem Kredit, den sie noch in der Dörfern hatten, eingebüßt. Deshalb besser sind die Lehrer daran, die zuhause geblieben sind. Diese haben sich als Gegner der „Umverarbeitung“ gezeigt u. sich dadurch vor den konservativen Gemeinden verdient gemacht).

Wenn es dann schließlich auch soweit kommt, daß der Lehrer angestellt ist, er sich mit der Arbeit so viel wie möglich an das „alte Programm“ hält, so kann er doch noch in einen unverzeihlichen Fehler verfallen: er kann sich mit der Jugend beschäftigen. Nur ja nicht die Jugend dazu anleiten, daß sie noch gottloser wird, als sie schon ist, indem man mit ihnen Spektakel arriert oder ihnen Vorlesungen hält, in welchen die althergebrachten Vorstellungen von Himmel u. Erde erschüttert werden könnten.

Dieses sind so die wichtigsten Regeln, die sich ein Lehrer merken muß, wenn er in einem deutschen, bzw. mennonitischen Dorfe will angestellt werden. Ich will es nicht verhehlen, daß es auch schon einen Teil in der Gesellschaft gibt, der anfängt vernünftiger zu urteilen. Viele ergeben sich schon darein, daß die alte Zeit unwiderruflich vorbei ist, sie ergeben sich aber mit schwerem Herzen. Nur ganz wenige, sind dem wirklich fortschrittlichen Lehrer eine Hilfe.

Wollen hoffen, daß bald die Zeit kommt, wo zwischen Lehrer u. der zurückstehenden Gesellschaft wieder mehr Einigkeit sein wird, damit der Lehrer nicht so allein steht, u. ihm die Arbeit erleichtert würde.

Wollen hoffen, daß der UORD u. speziell der Vertreter der nationalen Minderheiten bald die Macht haben wird, ein mehr gewichtiges Wort für „seine Lehrer“ einzulegen.

Einer, der hoffen möchte.

Anmerkung der Redaktion: Daß die Lage genau so ist, wie sie der betreffende Lehrer schildert wissen wir sehr gut. Wir möchten jedoch allen Lehrern, besonders den wirklich fortschrittlichen, raten, im Falle ihnen von irgend welcher Seite ähnliche Schwierigkeiten bereitet werden, uns dasselbe sofort mitzuteilen, damit wir solche fromme Gemeinden, die noch immer nicht wissen in welcher Zeit sie jetzt leben, in den Spalten unseres Blattes brandmarken können.

Briefkasten.

Welhartizy. Briefe erhalten. Artikel erscheinen in der nächsten Nummer.

Fritz. Slawgorod. Kurse endigen 26. Juli.
Kiel, Ostermann, warum kein Geld?

Schriftleiter Böhmer.

Grundkapital
5000.000 Rub.
Geldzeichen
1928.

Reichs-Versicherungs-Anstalt.

Spezial Reserve
Kapital
2.500.000 Rub.
in Gold.

Omsker Gouvernements Kontor der Reichs-Versicherungs-Anstalt Työempax.

Ulica Respubliki Nr. 2. Telef. 3—68 laufendes Konto
bei der Staatsbank Nr. 59. Banknoten Konto Nr. 32.

Führt folgende Versicherungs-Operationen durch:

Gegen Feuer: Fabriken, Werkstätten, Unternehmungen, deren Einrichtungen, Waren, Wohnhäuser, Hauseinrichtungen.

Dampfschiffe: und deren Ladung gegen Havarie.

Gegen Hagelschlag: Alle Aussaat und Gartenkulturen.

Gegen Viehsterben: Großes Hornvieh und Pferde.

Versicherungen werden abgeschlossen: in Sowjetrubeln, zum Goldkurs und in Banknoten (Tschernowitz)

Versicherungsbefreiungen werden sofort nach Feststellung des Schadens ausbezahlt.

Agenturen befinden sich in allen Bezirkstädt und auf dem Lande.